

## Internationale Konfrontation der Wirtschaftsdoktrinen

*Ein Laboratoriumstest zwischen Monetarismus und  
Franko-Neokeynesianismus?*

---

*Dr. Karl Kühne, geboren 1917 in Bremerhaven, war bis 1959 Leiter der Verkehrswissenschaftlichen Abteilung beim Hauptvorstand der ÖTV. Seit 1960 ist er bei der Europäischen Kommission in Brüssel tätig. Karl Kühne ist langjähriger Mitarbeiter unserer Zeitschrift.*

Die Gipfelkonferenz in Ottawa mag die bisher geringsten konkreten Ergebnisse im Vergleich zu anderen Veranstaltungen dieser Art gezeitigt haben; dennoch zeichnete sie sich durch ein hervorstechendes Ereignis aus: Hier wurden gewissermaßen zwei Grundprinzipien der Wirtschaftspolitik miteinander konfrontiert: Das in der Industriewelt zur Zeit vorherrschende „Paradigma“ des Monetarismus mit dem eines unbußfertigen Keynesianismus. Das erste Prinzip wurde in seiner reinsten Form von der britischen Ministerpräsidentin Thatcher vertreten, das andere vom französischen Präsidenten Mitterrand. Präsident Reagan stand mit seiner konservativen Haushaltskürzungsdoktrin neben Mrs. Thatcher, wir Deutschen — gestoßen von der FDP - sind in gefährliche Nähe solcher Einsparungshymnen geraten. Demgegenüber stehen Italiener und Japaner eigentlich Mitterrand näher, als sie öffentlich eingestehen, soweit es um die Praxis der Reflation geht.

Indessen ist keines der beiden Prinzipien in Reinkultur verkörpert: Selbst Mrs. Thatcher hat ihren Monetarismus durch massive Mittelzuführung an Staatsunternehmen wie British Steel und Leyland verwässern müssen, ganz zu schweigen von dem im letzten Jahr verunglückten Versuch der Bankkredit-Restriktion. Präsident Reagan macht mit seiner Steuersenkungsidee im Grunde uneingestandenermaßen Anleihen beim Keynesianismus eines Kennedy, und Mitterrand gefährdet seine Version dieses Prinzips mit einer Hochhaltung des Zinsniveaus, die vom Bestreben einer Verteidigung des Wechselkurses diktiert wird<sup>1</sup>.

Wäre dem nicht so, dann könnte man jetzt hoffen, endlich einmal gewissermaßen einen Laboratoriumstest der beiden großen ökonomischen Prinzipien unse-

---

<sup>1</sup> Karl Kühne, Mitterrands Alternative einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, in: Neue Gesellschaft, 7/1981 (Juli), S. 613-621.

rer Zeit, des Monetarismus und des Keynesianismus, in der veränderten Welt des letzten Viertels dieses Jahrhunderts vorgeführt zu bekommen: Es geht darum, nachzuweisen, daß eben nicht - wie der Monetarismus behauptet — Wirtschaftswachstum wieder möglich wird, wenn man den Staatsanteil am Sozialprodukt zurückdrängt, die Geldmengenausweitung auf niedrigem Niveau konstant hält und das freie Spiel der privaten Wirtschaft fördert, und daß im Gegenteil - wie moderne Neokeynesianer sagen - Massenarbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche nur überwunden werden können durch Wachstumsimpulse, die vom Staatshaushalt ausstrahlen, gekoppelt mit Investitionen öffentlicher Unternehmen bei gleichzeitiger Eindämmung oligopolistischer Inflationstendenzen.

Bis Ende Juli haben sich weitere Verwässerungen der ursprünglichen Positionen ergeben: Margaret Thatcher hat unter dem Druck der Jugendkrawalle, auf die sie zuerst nur mit harten „Gesetz und Ordnung“-Parolen antwortete, in ein bescheidenes Beschäftigungsprogramm für Jugendliche einwilligen müssen, dessen Erweiterung einige ihrer Minister fordern. Die französischen Sozialisten haben ihrer Sozialorientierung mit einer Betonung des Wehretats eine unerwartete Färbung gegeben, und Reagan hat seine Anleihe beim Kennedy-Keynesianismus mit seinem Sieg in der Steuerdebatte (allerdings unter Zurückschraubung der Steuersenkung für drei Jahre von 30 auf 25 %) bestätigt.

*Reagansches Mischrezept: „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust...“*

Wer Reagan begreifen will, muß Carter studieren. Dessen Programm hatte Ende 1976 gelaute: Wachstumsrate von 5,2% halten, Inflation auf 6 bis 4 % und Arbeitslosigkeit auf 4,75 % zurückführen, Investitionen um 10 % pro Jahr wachsen lassen, trotzdem aber Haushaltsausgleich bis 1980.

Das Ergebnis war an sich so schlecht nicht, wie es Reagan heute darstellen möchte: Fortsetzung des Aufschwungs — im Gegensatz zu Europa — über drei Jahre von 1976 bis 1979 mit Wachstumsraten von 5,6,5,1 und 4,4 %, danach kurze Rezession im Frühjahr 1980 mit rascher Erholung und immerhin noch 2,3 % Wachstum 1980, im 1. Quartal 1981 (in Nachwirkung von Carters Rezessionsbekämpfung) sogar + 8,6%; 14 Millionen neue Arbeitsplätze gegenüber Mai 1975 (allerdings hauptsächlich im tertiären Sektor einschließlich der Verwaltung), Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 5,8% 1979, was nach europäischen Maßstäben etwa 4% entspricht, Hochhaltung des Wohnungsbaus durch differenzierte Zinspolitik bis fast Ende 1979. Auf der Passivseite erschienen eigentlich nur drei Faktoren, wenngleich schwerwiegende: Allmähliche Steigerung der Inflationsrate von den 5,8 %, die Ford hinterließ, auf 6,5% 1977,7,7% 1978,11,3% 1979 und 14,4% im ersten Halbjahr 1980 (wenngleich man bei Anlegung europäischer Maßstäbe hier auch zwei Punkte abrechnen muß), geringe Produktivitätssteigerung und Versagen der Energiepolitik.

Indessen ist der Rückgang der Produktivitätssteigerung (2 % pro Jahr in den sechziger Jahren, nur noch 0,3 % jährlich von 1973 bis 1980) — wobei sich dies aber in der Industrie besser darstellt - im Grunde nur die Widerspiegelung der Erfolge im Beschäftigungsbereich, und wenn im Energiesektor die Kernenergieinvestitionen nicht vorankamen (nicht nur wegen Three Mile Island, sondern auch wegen Finanzierungsschwierigkeiten), die Energiebesteuerung weit unter europäischem Niveau blieb und die künstliche Niedrighaltung der Erdgaspreise nur bei „neuem Erdgas“ abgebaut werden konnte, so gingen doch Erdölimporte und Energieverbrauchscoeffizient zurück. Als einziger großer Fehlschlag der Carter-Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet blieb damit die Inflation - auch diese wurde aber vom ersten bis zum dritten Quartal 1980 von 18,4 auf 12,9 % reduziert und sank bis zur Amtsübergabe an Reagan unter die 10-Prozent-Jahresrate.

Wieso konnte dieser also von einem nationalen Notstand reden ? Gefallen ist Carter über nichtökonomische Probleme — seine außenpolitischen Mißerfolge und sein Zaudern gegenüber der Sowjetunion sowie seine Fortsetzung der unter Nixon eingeleiteten gedämpften Rüstungspolitik.

Der Hauptvorwurf Reagans gegenüber Carter — die Nichterreicherung eines Haushaltsausgleichs - dürfte ebenso auf ihm hängen bleiben: Mit seinen Haushaltskürzungen (vor allem im Sozialbereich) in Höhe von rund 37 Mrd. Dollar gegenüber dem Carter-Budget für 1981/2 (etwa dem halben geplanten Zuwachs) hat Reagan bereits jetzt erreicht, daß die überraschende Wachstumsrate des Sozialprodukts von 8,6 % im ersten Quartal im zweiten in eine Schrumpfung von -1,9 % verkehrt wurde - was, wenn diese fortdauert, eine W-förmige Zweitrezession bedeuten kann. Nun aber hat Reagan mit seinem „Steuersieg“ vom Juli 1981 für die nächsten drei Jahre ein Steuergeschenk von 150 Mrd. Dollar an obere Einkommensschichten und Unternehmen vorgesehen: Und das dürfte nach Aussagen von Sachkennern wie Rudolph Penner das Haushaltsdefizit ab 1982 auf 75 bis 100 Mrd. und für die nächsten zwei Jahre auf rund 200 Mrd. Dollar bringen, also mehr als die 160 Mrd. (kumulativ) über vier Jahre, die Carter brachte. Die Frage ist nur, ob dieses zukünftige Defizit über Antizipation noch in diesem Jahre investitionsanregend wirkt, so daß es nicht zur Zweitrezession kommt — denn sonst kann diese womöglich durch Einnahmeverluste das Defizit noch größer werden lassen.

Hier setzen eben die Befürchtungen nicht nur der Demokraten, sondern auch vieler Republikaner ein, und „Wall Streets Geldleute sind skeptisch angesichts eines Planes, der bedeutet, daß auf kurze Sicht das Defizit des Bundeshaushalts gesteigert wird, um das Wachstum anzuregen... Sie fürchten, Reagans Programm würde noch höhere Zinssätze bedeuten, verkaufen ihre Aktien und treiben die Obligationen herunter...“ So die „Times“ in ihrer Ausgabe vom 7. September 1981. Und ein Ökonom der Maklerfirma Aubrey-Lanston & Co., David Jones, sagt: „Der Markt erklärt uns — gebt mir nicht soviel angebotsökonomische Theorie darüber, was bei

Steuersenkung passiert. Erzählt mir nicht, daß der Theorie nach die Leute mehr sparen..." Das Bundes-Haushaltsdefizit für 1982 sollte 42,5 Mrd. Dollar betragen. Das Institut Data Resources schätzt es schon jetzt auf 66 Mrd. Wird Reagan damit im (uneingestandenermaßen) keynesianischen Stil die USA vor einer Rezession bewahren, oder wird er nur Inflation und Stagflation anheizen?

Andersherum gesagt: Von der zeitlichen Wirkungssequenz, mit der diese beiden Seelenzustände auf die Umwelt zurückstrahlen, hängt die Weltwirtschaft ab. Und bekanntlich ist es eine der Hauptthesen, die Friedman und seine Monetaristen verfechten, daß Wirkungszeiträume („lags“) variabel und damit schwer voraussagbar sind. Um so verwunderlicher ist die Selbstsicherheit, mit der die Reagansche Truppe auf Haushaltsausgleich für 1984 hofft. Es dürfte ihr genauso ergehen wie dem Carter-Team — die Hoffnung bleibt trügerisch.

Indessen dürfte in der Zwischenzeit die Konsequenz der Geldverknappung, wie sie vom Federal Reserve System verfolgt wird, noch durch eine Zweitrezession verschärft werden: Diese würde mit ihrer Importdrosselung den Dollar noch weiter stärken. Gleichzeitig würde ihre Ausstrahlung die schüchternen Reflationstendenzen in Europa zunichte machen. Die Entwicklung der Weltkonjunktur ist leider davon abhängig, welche der beiden Seelen in Reagans Brust die Oberhand behält: die Friedman-Thatchersche oder die Keynes-Kennedy-Seele.

Das, was Harrington den „reaktionären Keynesianismus“ genannt hat — Konjunkturankurbelung durch Steueranreize für obere Einkommen, also negative Umverteilung -, wird sich, wenn überhaupt, erst frühestens ab Herbst 1982 belebend auf die US-Binnenkonjunktur und damit belastend für die Zahlungsbilanz auswirken können. Dabei ist die Frage offen, wieweit diese Belebung dann wieder die Inflationstendenzen stärkt.

Etwa zwölf Monate Zeit hat die Weltwirtschaft; in diesem Zeitraum wird der Export anderer Industrieländer vom weiteren Dollarkursauftrieb und der Aufwertung anderer führender Währungen profitieren können. Danach dürfte die wiederbelebte Binnenkonjunktur plus Inflationstendenz in den USA den Dollar wieder schwächen — aber ob das für die Situation in den anderen Ländern eine Entlastung bedeutet, ist sehr fraglich, weil Inflation erneute Geldrestriktion und erneuten Sog hoher Zinsen für Kapital aus Übersee bedeutet.

Es stellt sich die Frage, ob die freie Beweglichkeit der Kapitalien diese Situation überleben kann. Opfert man sie nicht, dürfte der Protektionismus für Güter und Dienstleistungen um sich greifen, einschließlich protektionistisch gezielter Abwertungstendenzen innerhalb von Festwährungsräumen.

*Der schmale theoretische Hintergrund Reagans: Die „Laffer-Kurve“*

Keynes hat gesagt, wenn man den Firnis der Ideen sogenannter „Praktiker“ abkratze, dann kämen die Lehren eines längst verstorbenen Theoretikers zum Vorschein. Im Falle Reagans braucht man gar nicht so weit zu gehen: Seine geistigen Väter Friedman und Laffer leben noch - der zweitgenannte, dessen Thesen zur Zeit in den USA besonders in Mode sind, ist sogar ziemlich jung: 40 Jahre alt. Seine Grundthese, die sogenannte „Laffer-Kurve“, hat er 1974 auf die Serviette eines eleganten Washingtoner Restaurants gemalt: Eine Art hügelartige „Gauß'sche Kurve“ der Steuererträge, die links unten mit Null anfängt, weil ohne Steuern keine Regierung denkbar ist, dann auf ein Maximum ansteigt (wo, das ist die Frage!) und bei weiterer Steuersatzsteigerung sinkende Gesamterträge ausweist, bis diese bei 100% Besteuerung auf Null anlangen.

In der modernen Formulierung eines Laffer ist die These so wenig tiefschürfend wie banal zutreffend - die Frage ist nur, an welcher Stelle der Kurve wir in unseren modernen Staaten mit der Steuerprogression angelangt sind. Ein ernstzunehmender Ökonom, P. C. Roberts, US-Staatssekretär für Wirtschaftspolitik im Finanzministerium, meint, die (ursprünglich geplante) Senkung der Steuersätze um 30 %, wie sie Reagan eigentlich gewollt hatte, würde zu 40 bis 70% wieder durch gesteigerte Leistungen und damit Steuervolumina hereinkommen — aber eben nicht zu 100 %, wie Laffer es wahrhaben will.

Der Haupteinwand gegen die Laffer-Theorie kommt von George Perry, einem führenden Ökonomen der Kennedy-Regierung: Dieser sagt, die meisten Menschen hätten in Wirklichkeit gar nicht die Wahl, ob sie mehr oder weniger arbeiten wollten - wie etwa ein Dentist, der bei Steuersenkung auch seine Praxis eher schließen statt mehr Zähne plombieren kann! Zwar stünden für gewisse Schichten und Berufe Anstrengung und Muße in Wettbewerb; aber die Masse der abhängig arbeitenden Menschen ist an übliche Arbeitszeiten gebunden, und auch Überstunden sind nicht beliebig einlegbar.

*Das Modewort von der „angebotsorientierten Ökonomie“*

Hinter Laffer-Kurve und Leistungsanreizidee steht die etwas anspruchsvollere Formulierung von der „angebotsorientierten Ökonomie“, die in der Bundesrepublik vor allem durch Giersch in Mode kam. Der Hauptton liegt hier nach Irving Kristol auf dem Wachstum, nicht auf der Verteilung: „Die konventionellen Modelle sind völlig blind gegenüber Unternehmertum und Neuerungen...“ Das sind schon einmal zwei sehr ungerechtfertigte Vorwürfe: Erstens war es gerade der neoklassische (also „angebotsorientierte“) Ökonom John Stuart Mill, der schon zur Mitte des vorigen Jahrhunderts meinte, angesichts der ungeheuren Entwicklung der Produktivkräfte des Kapitalismus komme es gar nicht mehr so sehr auf Wachstum als vielmehr auf Korrektur der Verteilung an.

In der Praxis läuft dann die angebotsorientierte Ökonomie auf die Bevorzugung kostenentlastender Maßnahmen im Unterschied zu (und bei Aufhebung von) nachfragestimulierenden Maßnahmen hinaus. Hier knüpft sie dann an die Laffer-Empfehlungen zur Steuerentlastung an, ohne danach zu fragen, welche Kostenentlastungen (Subventionen, Gesundheitsförderung, Energieeinsparung) doch gerade aus den Steuergeldern vorgenommen und finanziert werden. An zweiter Stelle pflegen dann Empfehlungen an die Gewerkschaften zur Lohnzurückhaltung bzw. zu regelrechten Lohnsenkungen zu stehen - wiederum ohne zu fragen, ob sich das nicht negativ auf die Produktivität auswirken muß.

*Von der Theorie zur Praxis — Reagans „Pseudo-Angebotsorientierung“*

Den Weg der Verschärfung einer wohl auch sonst ausgelösten Rezession hat Margaret Thatcher dann in Großbritannien beschritten, wobei am Rande erwähnt sein mag, daß sie eigentlich nur einen „Bastard-Monetarismus“ praktiziert und diese Schule damit fast zum Schimpfwort werden ließ — denn der Hauptton liegt bei ihr gar nicht mehr auf der Geldmengenwachstverstätigung, dem eigentlichen Konjunkturzept Friedmans, sondern auf der deflationären Realkürzung der Staatsausgaben.

Der erste Teil des Reaganschen Programms trifft sich mit dem von Thatcher; aber dies Programm unterscheidet sich doch darin, daß Reagan nach Aussage seiner Partisanen keine Rezession will, und weiter darin, daß für ihn die Kennedysche Steuersenkung das magische Mittel zu deren Verhinderung darstellt.

Kristol<sup>2</sup> sagt zur Gefahr der Auslösung einer Rezession durch allzu radikale Anwendung seiner „Angebotsökonomie“: „Die ökonomischen Kosten wären so enorm, daß das ein sehr fragwürdiges Instrument wäre. Die politischen Kosten aber wären unerträglich. Keine politische Partei kann es überleben, wenn sie sich mit einer Politik identifiziert, die eine lange und schwere Rezession bringt“. (Das sei manchen mitteleuropäischen Wirtschaftspolitikern ins Stammbuch geschrieben!).

Friedmans Lehren schimmern bei Reagan in drei Bereichen durch: Einmal ist Laffer, der hinter den Steuersenkungsplänen steht, Friedmans Schüler. Zweitens hält Reagan die Geldmengenverknappung ohne Rücksicht auf die hohen Ausschläge der Zinssätze für das entscheidende Korrelat seiner Haushaltsdrosselungspolitik. Drittens hat Friedman die Zurückdrängung des Staatsanteils und der Staatsinitiative auf lange und mittlere Sicht zugunsten der freien Wirtschaft - die er für fundamental stabil ansieht — geradezu als eine Voraussetzung zur Konjunktur Stabilisierung und Wachstumssicherung gepriesen.

---

<sup>2</sup> Irving Kristol, *Ideology and Supply Side Economics*, in der US-Zeitschrift „Commentary“, April 1981.

Dazu paßt nun Reagans Steuersenkung gar nicht ins Bild. Sie ist vom Kennedy-schen Neokeynesianismus geprägt und wird einen ähnlich großen Stimulierungsimpuls ausmachen, am Sozialprodukt gemessen. Wenn Kristol meint, die Wirkung müsse deshalb auch die gleiche sein, nämlich Wachstumsbelebung, so vergißt er nur, daß es zu Kennedys Zeiten praktisch keine Inflation gab.

#### *Margaret Thatchers Rezessions-Monetarismus*

Die britische konservative Regierung ist Kristols Auffassung nicht gefolgt, wozu eine bewußte Rezessionsverstärkung politischer Selbstmord sei — das scheint erst in neuester Zeit vielen Konservativen zu dämmern, darunter allerdings sogar ihrem Parteivorsitzenden Thorneycroft, dem die Ministerpräsidentin deshalb ans Leder ging. Nun kann man allerdings leider die Dinge nicht so vereinfacht darstellen, als wären die Konservativen seit jeher mit der Rezession versippt gewesen. Im Gegenteil: Margaret Thatcher hält ihren Ministern, wenn sie schwach werden, ständig als Schreckgespenst den Boom vor, den der konservative Premier Heath (einer ihrer offenerzigsten Kritiker heute!) und sein Schatzkanzler Barber 1973 auslösten und der in Ölkrise und Bergarbeiterstreik endete — was man eigentlich nicht außer Acht lassen darf, wenn man das Inflationsgespenst beschwört. Weiter: Samuel Brittan hat am 20. Juli 1981 in der „Financial Times“ in Erinnerung gerufen, daß es ein konservativer Finanzminister war, Rab Butler (1951-55), der den einzigen nichtinflationären Aufschwung der Nachkriegszeit in Großbritannien mit gut keynesianischen Methoden auslöste.

Wie ist nun das Ergebnis des Thatcher-Experimentes? Wiederum tut man gut daran, von den Ergebnissen der letzten Labour-Regierung auszugehen. Diese war im April 1976 zur Macht gekommen und hatte von ihrem Vorgänger Heath einen Höhepunkt der Inflationsrate geerbt: 24,2% 1975, trotz einer Schrumpfung des Bruttosozialprodukts um 2,8% über zwei Jahre 1974/5, die allerdings teilweise auch auf den Bergarbeiterstreik zurückzuführen war, an dem Heath scheiterte. Die Arbeitslosenquote betrug 1976 5,3 %. die Politik Callaghans lief vor allem auf die Hochhaltung des Beschäftigungsniveaus hinaus. Tatsächlich gelang es, die Arbeitslosenquote auf diesem Niveau wenigstens zu halten.

Allerdings war das mit einer Entwertung des „floatenden“ Pfundes um rund 20% im Jahre 1976 bezahlt worden. Callaghan brachte den bisher größten Kredit des Internationalen Währungsfonds (3,4 Mrd.) ein, erreichte mit Hilfe des Nordseeöls einen Ausgleich der Leistungsbilanz und baute die Währungsreserven von ihrem Tiefpunkt von 4 auf 21 Mrd. Dollar aus. Die alljährlichen Lohnsteigerungen konnte er von 28 % 1974/75 auf 14 % und weniger halbieren, und er vermochte die privaten Investitionen wieder in Gang zu bringen. Die Inflationsrate sank bis 1978 gar auf 8,3 %, und das Sozialprodukt wuchs 1976 und 1978 (nach neuesten OECD-Ziffern) immerhin mit 4,2 und 3,6%. Die Wachstumsabschwächung 1977 (1,0%) konnte ebensowenig wie anderswo vermieden werden.

Richtig ist, daß Finanzminister Healey 1978/79 die Begrenzung der Lohnsteigerung auf 5 % im Rahmen des „Social Contract“ nicht voll durchsetzen konnte; er kam dem aber immerhin nahe. Hauptschwäche des Wirtschaftssystems blieb die geringe Produktivitätssteigerung: 1973 bis 1978 0,5% pro Jahr, gegen 1,7% in Italien, 3,7 % in der Bundesrepublik und Frankreich sowie 5,9 % in Japan.

Als im Mai 1979 Margaret Thatcher zur Macht kam, warf sie das Steuer zur Deflation herum. Ihr erstes Budget 1979/80 sah außer der Senkung der Einkommen- und der ungefähren Verdoppelung der Mehrwertsteuer (was sich an Einnahmen in etwa ausglich) eine Reduzierung der Kreditaufnahme um fast 10 % und eine Begrenzung der Geldmengenausweitung auf eine Bandbreite von 7 bis 11 % vor. Trotzdem schossen die britischen Preise 1979 um 13,4% und im ersten Halbjahr 1980 um volle 20,3 %empor. Warum? Die Defizitreduzierung 1979/80 gelang nur halb.

Im zweiten Budget 1980/81 wollte man den Geldmengenwuchs konstant und das Defizit weiter auf 8,5 Mrd. Pfund Sterling halten. Diesmal wurden aber beide Rahmen gesprengt: Das Defizit stieg auf 13 Mrd. Pfund Sterling an, und die Aufhebung des sogenannten „Korsetts“ für Bankeinlagen führte ab Herbst zur Explosion der Geldmenge M 3, im Jahre um 15,8 %, fast anderthalbmal soviel wie die Obergrenze des „Korridors“. Die Staatsausgaben sollten real um 0,6% sinken, stiegen aber stattdessen um 1,8 %. 1981 dürfte die Geldmenge immer noch um 13,4 % statt wie projiziert 10,7% wachsen.

Das dritte Budget vom März 1981 sieht trotz drastischer Erhöhung vor allem der Verbrauchssteuern eine reale Konstanthaltung der Ausgaben vor. Dieses Budget bringt vor allem eine weitere Drosselung der öffentlichen Investitionen, vor allem auf Gemeindeebene. Bis 1984 will man gar die öffentlichen Ausgaben real um 4 % drosseln. Allein 1981 durfte die reale Kaufkraft der Steuerzahler um 3 bis 4 % reduziert werden. Die Geldmenge soll nur um 6 bis 10% wachsen.

Die Resultate waren insgesamt enttäuschend. Das Bruttosozialprodukt, das 1979 noch mit 1,7% gewachsen war, schrumpfte 1980/81 in zwei Jahren um rund 3,5 %. Die Inflationsrate erhöhte sich trotzdem, im Gesamtjahr 1980 um 18 %. Für soll sie auf 12 % zurückgehen, also praktisch auf das Niveau von 1979, und für bis 1984 erwartet selbst die monetaristische London Business School nur eine Senkung auf 9 bis 10 %. Das wurde erkauf mit 3 Millionen Arbeitslosen und einem Rückgang der Industrieproduktion bis zum Ende des ersten Quartals 1981 um rund 8,5%. Die Stagnation der Industrieproduktion im 2. Quartal verführte dann Finanzminister Howe zu der vorwitzigen Vermutung, die Rezession sei nun zu Ende. Das aber rief Widerspruch in den eigenen Reihen hervor, erst vom Parteivorsitzenden, dann am 22.6. vom Agrarminister Walker, der in New York die westlichen Regierungen (und seine eigene!) vor „Dogmatismus“ warnte.



Inzwischen hat Mitte Juni das Verbindungskomitee des Britischen Gewerkschaftskongresses (TUC) zur Labour Party die Forderung nach einer Reflation lautstark erhoben: Nach dem von ihm beschlossenen Dokument „Wirtschaftsprobleme für die nächste Labour-Regierung“ sind für eine solche Konjunkturbelebung 6 Milliarden Pfund Sterling erforderlich.

Bedeutsamer aber ist, daß der Riß nicht nur quer durch die konservative Partei geht, in der die „Wets“ für Konjunkturbelebungsmaßnahmen eintreten, sondern daß auch die Arbeitgeberschaft von diesem Trend erfaßt wird, weil sie den Ruin der britischen Industrie und die „Entindustrialisierung“ auf längere Zeit fürchtet: So hat sich denn der Britische Industrieverband der Forderung nach Reflation ausdrücklich angeschlossen; allerdings nennt er nur eine Summe von 1,5 Mrd. Pfund.

Die Thesen Mitterrands haben inzwischen erstaunlicherweise auch einen so monetarismusenahen wie gemäßigt-liberalen Wirtschaftsjournalisten wie Samuel Brittan in Großbritannien angesteckt: Dieser fordert die „direkte Job-Schaffung“ durch Lohnsubventionen und Beschäftigung im öffentlichen Dienst — wie dies auch Carter praktiziert hatte! —, und unter diesem Druck wie dem der Jugendkrawalle in den Großstadtkernen hat dann Margaret Thatcher widerwillig ihre Zustimmung zu einem Beschäftigungs-Subventionsprogramm für Jugendliche geben müssen (siehe Brittan's Aufsatz „Job-Creation“ in: „Financial Times“, 16. 7. 81).

#### *Mitterrand als Bannerträger des Reflationsgedankens*

Heute sind die französischen Sozialisten unter der Führung Mitterrands in Europa die einzige Regierungspartei, die den Mut hat, sich der Mode der „Angebotsökonomie“ entgegenzustemmen und die Forderung nach Reflation auf ihr Banner zu schreiben. Dabei ist man jedoch geneigt zu vergessen, daß vor dem Höhepunkt des Wahlkampfes bei Beginn der Rezession auch die französische Rechte, die jetzt nur Kritik äußert, schon die gleiche Forderung laut werden ließ: Der stellvertretende Generalsekretär der Partei Chiracs, der RPR, Jean Meo, erklärte im Oktober 1980, Giscard und Barres Kardinalsünde sei die, bewußt auf langsames Wachstum gesetzt zu haben. Meo forderte damals im Vorwort zum Parteiprogramm Reflation und Injektion von 100 Milliarden Franken in die französische Wirtschaft zur Investitionsförderung und plädierte gleichzeitig erstaunlicherweise für das „Recht auf Arbeit“!

An dieser Stelle fehlt der Raum, auf die französische Politik im Detail einzugehen, die an anderer Stelle ausgiebig analysiert wurde. Mitterrand versucht jedenfalls, eine sozialistische Konjunktur- und Wachstumspolitik im echten Sinne zu betreiben, wozu er allerdings bessere Ansätze mitbringt als die deutsche Sozialdemokratie, weil die mit ihm verbündeten Liberalen nur ein geringes Gewicht haben. Die Quintessenz dieser Politik besteht darin, daß in ihr dem Wachstum und der Wirt-

Schaftsstimulierung Priorität zuteil wird: Dem sollen die Konsumbelebung über Steigerung der Sozialausgaben, das Programm zur Beschäftigungsvermehrung im öffentlichen Dienst um 210 000 Menschen (in Krankenhäusern, Kindergärten, Sozialhilfe usw.), die Kreditgewährung vor allem an kleinere und mittlere (= beschäftigungsintensive) Unternehmen, aber auch die Nationalisierung der Banken (zwecks Kreditsteuerung) und der elf Großkonzerne (zur Brechung des Investitionsstriks der privaten Wirtschaft und ihrer Kapitalexpporttendenz) dienen. Das mag nicht alles kongruent sein. Der Kernpunkt liegt darin, daß man einen Kompromiß eingeht: Man nimmt eine relativ hohe Inflationsrate (geplant sind 15 statt 13% unter Barre) bewußt hin, ebenfalls ein höheres Haushaltsdefizit (in diesem Jahr wohl 80 statt Barres praktisch 50, im nächsten Jahre 100 Mrd. FF.), um die Wirtschaft zu stimulieren. Der Schwächepunkt liegt im außenwirtschaftlichen Bereich: Das Leistungsbilanzdefizit hat schon jetzt eine knappe Abwertung im europäischen Währungssystem erzwungen. Sollten die drei Prozent nicht reichen, läuft man Gefahr, wie die britischen Sozialisten Mitte der sechziger Jahre auf Wachstumshoffnungen verzichten zu müssen. Wertet man mutig und stark ab, wird man dem flexiblen Teil der Wirtschaft einen Impuls geben wie in Großbritannien 1931 und damit die Vorreiterrolle Frankreichs im Aufschwung sichern.

#### *Die Einwände gegen die Reflationspolitik*

Gegen eine Koppelung von Inflation und Wachstum wird eingewendet, daß erstere letzteres verhindere. Gegen Haushaltsdefizite predigt die angebotsorientierte Theorie, sie förderten die Inflation, verdrängten private Investitionen („Crowding out“) und trieben die Zinssätze hoch, die die Investitionen drosseln.

Zur Verdrängungsthese gibt es eine umfangreiche Literatur, die in den populären Diskussionen so gut wie unbeachtet bleibt und deren Ergebnis lautet, daß es nur in wenigen Fällen Belege dafür gibt, solange Überkapazitäten und Arbeitslosigkeit bestehen — allenfalls kann die „Verdrängung“ bei fortgeschrittenem Aufschwung diesen brechen.

Die - in der Bundesrepublik jetzt beliebte - These, wonach Defizite des öffentlichen Haushalts die Zinsen hochtreiben, ist nur teilweise zutreffend. Die Bundesregierung weiß sehr wohl, daß die hohen Zinssätze von der US-Geldpolitik ausgehen und den Willen der Bundesbank zur Verteidigung des Wechselkurses der D-Mark widerspiegeln. Eine noch so radikale, selbst absolute Drosselung des deutschen Haushalts würde daran kaum etwas ändern; allenfalls könnte nur eine Abkoppelung des europäischen Zinsniveaus vom amerikanischen helfen. Vorschläge des französischen Finanzministers Delors sind in der Bundesrepublik auf keinerlei Gegenliebe gestoßen. Es gibt aber doch auch andere Mittel als einen gespaltenen Zinssatz - beispielsweise eine Kapitalexpportsteuer in Europa (mehr als das arabisches Geld, das schon da ist, werden wir kaum bekommen), oder eine Kapitalzins-

Steuer für Ausländer an der Quelle in den USA, wenn diese wirklich die Schwächung ihrer Bundesgenossen verhindern wollten, die neuerdings selbst zu real gekürzten Wehretats führt.

### *Drosselt Inflation Wachstum?*

Anthony Harris<sup>3</sup> hat die ketzerische Unverschämtheit besessen, eine heilige Kuh zu schlachten: nämlich den neoklassischen Glauben, wonach Inflation Wachstum behindere. Er stellt fest, „schwaches statistisches Beweismaterial“ spräche eher für die These, daß Inflation doch mit Wachstum vereinbar ist oder es sogar fördert — wenn, wie insbesondere Vickrey nachgewiesen hat, sie sich in Grenzen hält. Harris zitiert als Beispiele Brasilien, Italien, Japan und USA in den Jahren 1976 bis 1979 — und überraschenderweise sogar den Hort westlicher Finanzklugheit, die Schweiz, in den Jahren 1970 bis 1973 und 1979 bis 1980, denn in beiden Perioden wuchs hier das Sozialprodukt parallel zur Inflation.

Harris vertritt drei Thesen: Erstens — die Koinzidenz der Rezessionen 1974 und 1980 mit einer Fortdauer der Inflation erklärt sich aus dem Ölschock (das ist mehr oder weniger vorherrschende Meinung). Zweitens — Inflation ist an sich keine Fehlfunktion; sie stellt vielmehr einen Anpassungsprozeß dar, z.B. die Antwort auf Öl- und Rohstoffpreisssteigerung (oligopolitische Firmenkomplexe tun jeder für sich das, was die OPEC kollektiv tat!), aber auch die Antwort auf ein ineffizientes oder ungerechtes Steuersystem. Drittens — Nicht die Inflation als solche löst die Rezession aus, sondern die Wirtschaftspolitik, die zur Überreaktion führt.

Nun gibt es noch die These, es sei das Haushaltsdefizit des Staates, das die Inflation produziere. Hierzu liegt eine interessante neuere Studie einer absoluten neoklassischen Autorität vor, die kurz zitiert werden soll.

### *Die Identifizierung von Haushaltsdefizit und Inflation stimmt nicht*

Anhand des USA-Staatshaushalts hat der Doyen der Neoklassiker Amerikas, Robert M. Solow<sup>4</sup>, nachgewiesen, daß die von den Konservativen verbreitete Geschichte, wonach die Inflation das Kind des Haushaltsdefizits sei und sonst nichts, schlicht falsch ist: „Wenn wir alle Gebietskörperschaften zusammenrechnen, so beläuft sich das konsolidierte Gesamtdefizit im Jahre 1972 auf 0,3 % des Bruttosozialprodukts. Im Jahre 1973 ergab sich ein Überschuß von 0,5% des BSP. 1974 dagegen kam es wieder zu einem geringen Defizit von 0,2%. Dann aber stieg dieses Defizit im Rezessionsjahre 1975 abrupt auf 4,2 % des BSP. Danach aber wurde das Gesamtdefizit aller Gebietskörperschaften für 1976 auf die Hälfte (2,1%) reduziert, 1977 nochmals auf die Hälfte (1 %), und 1978 wurde dann der Haushalt so gut

---

<sup>3</sup> Anthony Harris, Inflation and growth. The Fact, Financial Times vom 25. 6.1981.

<sup>4</sup> Robert M. Solow, All Simple Stories About Inflation Are Wrong, in: The Executive, Band 6, Nr. 3, 1980, Cornell University.

wie voll ausgeglichen. 1979 ergab sich sogar wieder ein Überschuß von 0,6% des BSP. Gerade als die Inflation sich verschlimmerte, hat sich die öffentliche Haushaltsdefizitsituation verbessert! Vereinfachte Geschichten stimmen eben nun mal nicht..."

Diese Überlegungen werden auch von dem Mitglied des Zentralbankvorstandes Mrs. Nancy Hays Teeters<sup>5</sup>, aufgegriffen, wenn sie sagt: „Der staatliche Sektor insgesamt, wenn man alles mitrechnet, ist gar nicht so sehr aus dem Gleichgewicht, wie die meisten Leute meinen. Ein Gutteil des Bundesdefizits stammt aus den Überweisungen des Bundes an die lokalen Gebietskörperschaften - rund 80 Mrd. Dollar. Diese haben umfangreiche Pensionsfonds damit geschaffen. Diese Fonds werden mit Recht nicht als laufende Einnahmen angesehen, wirken aber praktisch wie eine Steuer, so daß der Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften gar nicht so sehr aus dem Gleichgewicht ist..."

Selbst wenn man den Bundeshaushalt der USA für sich allein betrachtet, so sieht es, wie Solow weiter ausführt, wie folgt aus: „... Im Jahre 1972 betrug das Defizit des Bundeshaushalts 1,5% des Bruttosozialprodukts. Die Wirtschaft wurde damit stimuliert, damit sie aus der Rezession von 1972 rechtzeitig für die Wahl von 1972 in rasche Erholung vorangetrieben wurde. 1973 sank das Defizit auf 0,5% des BSP und stieg 1974 geringfügig auf 0,8 % an. Dann kam es zur schwersten Rezession der gesamten Nachkriegsperiode, und das Bundesdefizit schoß mit 70 Mrd. Dollar in die roten Zahlen — mehr als 4,6 % des BSP. Diese Ziffer ging dann aber 1976 auf 3,1 % zurück, 1977 weiter auf 2,4 %, 1978 auf 1,3 % und 1979 auf ganze 0,6 % des BSP.

Wer an die Geschichte vom Haushalt als Inflationsquelle glaubt, der muß erst mal erklären, warum die Inflation sich zwischen 1976 und 1979 beschleunigte, während das Bundeshaushaltsdefizit geringer und geringer wurde, und wieso ein so kleiner Schwanz einen so großen Hund wedeln konnte... Die Tatsachen sprechen gegen die Theorie, wonach der Haushaltsausgleich der Schlüsselfaktor ist zur Beendigung der heutigen Inflation!"

Die umgekehrte Folgerung drängt sich auf: Reagan wird mit seiner Drosselung des Bundeshaushalts die Inflation nicht vom Tisch bekommen, allerdings sie auch mit seiner Steuersenkung nicht so anheizen, wie Wall Street fürchtet.

#### *Bisherige Effizienz der Wirtschaftspolitiken*

Bis 1973 erschien es ziemlich gleichgültig, welche Wirtschaftspolitik verfolgt wurde: So ziemlich alle Länder wurden vom Sog des Weltwachstums, weitgehend getragen von der Dynamik des Welthandels, nach vorn mitgerissen: Von 1960 bis 1973 wuchs das Bruttosozialprodukt der USA und Schwedens um rund 4%, das

---

<sup>5</sup> Nancy Hays Teeters, Interview mit Dorothy Crook, in: Economic Impact, Nr. 32, 1980, H. 4.

Großbritanniens immerhin um 3,3% (schneller als im 19. Jahrhundert!), das der übrigen EWG-Länder um rund 5 % und das Japans um fast 11 %.

Bei näherer Betrachtung — etwa in den Studien von Snyder<sup>6</sup> — zeigt sich allerdings, daß das Wachstumspotential der einzelnen Länder sehr unterschiedlich ausgeschöpft wurde und daß vor allem die staatliche Wirtschaftspolitik teils sehr stark (z.B. in Schweden) „keynesianisch“-stabilisierend (im Sinne der Vermeidung von Konjunkturschwankungen) wirkte, teils (in nahezu der Hälfte der Fälle in den USA und in der Bundesrepublik) aber sogar entstabilisierend, also eigentlich anti-keynesianisch. Insofern ist es also eine krasse Falschdarstellung, wenn man die inflationäre und dann rezessive Entwicklung seit Ende der sechziger Jahre dem angeblich praktizierten Keynesianismus in die Schuhe schieben will.

Auch in den Rezessionsjahren 1974/75 ist dieser eigentlich nur in wenigen Ländern bewußt praktiziert worden: Etwa in Frankreich (mit der „Reflation Chirac“), in Österreich und in Schweden. Dem erst- und letztgenannten Land gelang es, in der Rezession eine Wachstumsschrumpfung zu vermeiden — Schweden bekam sie allerdings dann 1977 (-2,7%), und in Österreich lag sie niedriger als in den meisten Industrieländern. In der Bundesrepublik und Belgien ging die Wachstumsschrumpfung mit -1,8 % spürbar tiefer, in den USA (-2,3 %), Großbritannien (-2,8 %) und Italien (-3,6%) betrug sie das Anderthalbfache bis Doppelte, und im klassischen Land der Abwesenheit jeder Beschäftigungspolitik (weil man die Arbeitslosen in ihre Herkunftsländer reexportierte!), der Schweiz, das man wegen angeblich geringer Inflation und damit Währungsstärke über den grünen Klee lobt, schrumpfte das Sozialprodukt gar um 7,3 %.

Ein gewisses Maß von Keynesianismus wurde allerdings - großenteils ungewollt, über die „automatischen Stabilisatoren“, die in den hohen Marginalsteuern und den Sozialleistungen eingebaut waren (beides will der Neokonservatismus abbauen!) — in nahezu allen Industriestaaten mit hohen Haushaltsdefiziten unvermeidlich.

Nach dem Rezessionseinbruch konnten sich Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung auf die „Antizyklus“ der Postkeynesianer nur teilweise berufen - fast überall setzten diese Bemühungen zu früh ein und bewirkten, mit monetärer Überreaktion zur Bekämpfung der fast überall schon gedämpften Inflation, eine Art Zweitrezession 1977/78, die die Wachstumsraten in allen EWG-Ländern außer in Irland in einen oder anderen dieser beiden Jahre oder gar in beiden unter 3 % und in Italien, Belgien und Dänemark auf/unter 2% und gar auf 1% (Dänemark 1978) sinken ließ. Allerdings sank auch die Wachstumsrate Österreichs 1978 unter dem Gewicht des schwachen Wachstums in der Bundesrepublik auf 1,5 %.

---

<sup>6</sup> Eine Übersicht über die Ergebnisse der Studien Snyders u. a. findet sich bei K. Kühne, *Ökonomie und Marxismus*, Bd. II, Neuwied 1974, S. 432.

Außer in Österreich wurde aber mindestens in zwei Ländern der Versuch einer quasi-keynesianischen Beschäftigungspolitik unternommen: Im Großbritannien der Labour-Regierung gelang es immerhin 1976 und 1978, mit 4,2 % und 3,6 % die Wachstumsrate der Jahre 1960 bis 1972 wieder zu erreichen oder gar zu überschreiten, und das Gleiche galt für die USA Carters, wo es gelang, 14 Millionen Menschen zusätzlich in den Arbeitsprozeß einzugliedern und 1976 bis 1978 im Gegensatz zu Europa einen kontinuierlichen Aufschwung in Gang zu halten (mit Wachstumsraten von 5,6, 5,1 und 4,4%), der zwar im Spiegelbild eine recht schwache Produktivitätssteigerung mit sich brachte (weil er eben beschäftigungsintensiv war!), dafür aber auch erst 1980 in eine relativ milde und kurze Rezession (-0,2 %) ausmündete.

Die starke Erholung im ersten Quartal 1981 in den USA (+ 8,5!) war im wesentlichen noch auf das Konto der Carterschen Wirtschaftsbelebungsmaßnahmen zu setzen; teilweise quasi-keynesianische Impulse zeitigten in der Bundesrepublik 1979 eine fast „normale“ Wachstumsrate von 4,5 %, in Italien gar (ohne Rücksicht auf die Inflation) zwei Jahre hoher Wachstumsraten von 5% 1979 und 4% 1980. Dem Keynesianismus im Mikado-Stil Japans gelang es immerhin, von 1976 bis 1980 Wachstumsraten in Höhe von 5 bis 6 % aufrechtzuerhalten — zwar wenig mehr als die Hälfte des früher Gewohnten, dafür aber kontinuierlich und trotz hoher Erdöl-abhängigkeit.

Dieser „Mikado-Keynesianismus“ kam insbesondere in den Jahren 1977 und 1978 mit einer Steigerung der staatlichen Investitionen um 11,6 bzw. 16,1 % zum Ausdruck.

Was haben demgegenüber monetaristisch inspirierte Politiken bisher an Ergebnissen auszuweisen? Jedenfalls nirgendwo einen Wiederaufschwung, der doch nach der „reinen Lehre“ auf dem Wege über die Wiederbelebung des privaten Investitionswillens der letzte Endzweck eine monetaristischen Geldmengenwuchsstabilisierung sein soll. Allerdings liefen derartige Politiken in der Praxis meist auf althergebrachte Deflation bzw. Geldmengenwuchsrestriktion hinaus. In krasserster Form galt dies für das Großbritannien Margaret Thatchers: Die Schrumpfung des Bruttosozialprodukts 1980 bis 1981 beträgt hier rund 4 %. Für 1982 sagt die OECD praktisch Nullwachstum voraus (+ 0,25%). Damit wurde die Inflationsrate gegen 1979 um ganze 2 Punkte auf 11 % gesenkt, dieweil die Arbeitslosenquote sich von 5,3 auf 10,6 % (Juni 1981) genau verdoppelte. Lohnte sich das?

Trotzdem kam es in den meisten führenden Industrieländern 1980/81 zu einer mindestens teilweisen Infizierung mit monetaristischen Tendenzen. So wurden in Japan 1980 die Zügel herumgeworfen, zum „Mikado-Friedmanismus“: Die Geldmenge wurde gedrosselt, die staatliche Investitionstätigkeit ebenfalls (-4,5 % real), der Wohnungsbau schrumpfte seit 1979 real um 15 % — gleichzeitig ließ man jedoch eine Yen-Abwertung um mehr als ein Drittel gegenüber dem Dollar zu, und damit

wurden die Konsequenzen der neuen Weltrezession soweit abgemildert, daß die Wachstumsrate 1981 und 1982 bei 3,5 und 4 % gehalten werden dürfte.

In der Bundesrepublik, in der man (so noch im Sachverständigengutachten vom November 1980!) zunächst das Einsetzen eines zyklischen Abschwungs leugnete, hat man im Gegensatz zu 1967 und 1975 überhaupt nicht mehr gegenzusteuern versucht und ist in Geld- wie Haushaltspolitik dem von der Opposition im Wahlkampf propagandierten Monetarismus zumindest entgegengekommen. Im Gegensatz zu Japan stemmte man sich der Abwertung der D-Mark entgegen, und die Kombination hoher Zinssätze und fanatischer Konsolidierungsideologie resultierte im zweiten Halbjahr 1980 in einer Schrumpfung des Bruttosozialprodukts um 2,8 %, wozu nach Annahme der OECD im ersten Halbjahr 1981 noch eine weitere Schrumpfung von 0,8 % hinzukommen dürfte — zusammen ergibt das, gemessen für diese beiden Halbjahre im Unterschied zum üblichen Kalenderjahrvergleich, eine doppelt so tiefe Rezession wie 1975.

### *Die Zukunftsaussichten*

Die Prognosen für die nächsten Jahre sehen nicht günstig aus. Die OECD rechnet für 1981 in der Bundesrepublik und in Großbritannien mit einer Schrumpfung des Bruttosozialprodukts um -1,5 %, in Italien um -0,8 %, in Frankreich (das über die letzte Rezession dank der Chirac-Reflation noch ohne Schrumpfung weggekommen war!) um -0,5% — das ist das Erbe Barres. Im nächsten Jahre soll es in Großbritannien zum Stillstand der Rezession (+ 0,3%) und in den anderen drei Ländern zu schwachem Wachstum (+ 1,8 bis 2 %) kommen — das war die Voraussage ohne Einkalkulierung französischer Reflationstendenzen. Interessant ist immerhin, daß das „Wharton-Efa-Modell“ des US-Ökonomen Lawrence Klein, das auf dem Seminar des italienischen Industrieverbandes im Juni 1981 in Rom vorgelegt wurde, für Frankreich mit 4% Wachstum im Jahre 1982 rechnet statt Mitterands geplanten 3 %. Für spätere Jahre ist allerdings auch dieses Modell skeptisch: 1983 soll das Wachstum in den meisten Ländern — auch in den USA — nur knapp über 3 % liegen, in der Bundesrepublik sogar darunter (2,6 %), und 1984 soll es in Frankreich und in der Bundesrepublik gegen 2 % absinken, in Großbritannien gar auf 1%, dieweil sich Italien und die USA bei 3,5% halten. 1985 soll sich diese Situation in den meisten Ländern um einen halben Prozentpunkt bessern; in den USA soll die Wachstumsrate aber auf 2,4 % absinken, dagegen in Italien erstaunlicherweise auf 5 % ansteigen. Während der ganzen Periode 1982 bis 1985 wird sich die Wachstumsrate in Japan dagegen über 4 % halten - 1982/83 und 1985 auf oder nahe bei 5 %.

Bemerkt sei, daß das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin für die Bundesrepublik noch schlechtere Ergebnisse voraussagt, wenn man den Vorstellungen des Sachverständigenrates folgte und nur einen Nominalanstieg der

Staatsausgaben von 4,5 % (neuerdings plant man noch weniger) ansetzt: Es sagte z.B. in diesem Falle für 1982 ein Wachstum von nur 1,4 % voraus.

Bedenkt man, daß man in den Industrieländern jährlich im Schnitt mit etwa 3 % Produktivitätssteigerung rechnen muß, so bedeuten diese Ziffern, daß mit Ausnahme Japans und eventuell der USA und Italiens überall mit einem weiteren Anstieg der Massenarbeitslosigkeit gerechnet werden muß, wenn das Steuer nicht im französischen Sinne herumgeworfen wird. Die OECD rechnet denn auch für Europa mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl von Mitte 1981 bis Mitte 1982 von 11,6 auf 15 Millionen, in der Gesamtheit der OECD-Länder auf über 26 Millionen. In Frankreich, Italien und Großbritannien wird dann jeder fünfte Jugendliche ohne Arbeit sein.

Am 3. September warf Jonathan Carr in der „Financial Times“ die Frage auf: Man rede soviel von Europas Sicherheit — werde sie nicht damit von innen her unterhöhlt? „Jeder zusätzliche Arbeitslose im Westen ist eine Herausforderung für unser System — und ein potentieller Verbündeter für diejenigen, die es ändern wollen!“. (Das gilt selbst dann, wenn bei uns manche Arbeitslosen besser leben als viele Beschäftigte in Polen und im übrigen Ostblock — das ist keine Vergleichsbasis, denn bei uns sehen sie die vollen Schaufenster!). Carr sagt klipp und klar: Die hohe Arbeitslosigkeit ist dadurch verursacht, daß „die europäischen Regierungen die falsche Politik verfolgen“ — neuerdings mit Ausnahme der französischen, deren gute Alleingangsabsichten sich noch bewähren sollen. „Wenn die USA uns mit Hochzinspolitik erwürgen, was nützt dann alle militärische Überlegenheit, auf deren Basis Präsident Reagan verhandeln will, wenn seine Verbündeten entweder rebellieren oder ersticken?“

Die Ironie der Geschichte will, daß inzwischen dieser Wirtschaftspolitik in Europa und in der Bundesrepublik sogar das bis jetzt gehätschelte Kind der realen Erhöhung der Militärausgaben zum Opfer fällt, und in den USA Reagan unter dem Druck von Wall-Street seine Aufrüstungspläne erheblich beschneiden muß. Die beste Rüstungsbremse ist im Osten wie im Westen: Finanzierungsschwierigkeiten.